

Johannes Fischer

## Was soll das?

### **Zur Stellungnahme von Professoren der theologischen Fakultät Greifswald zu einem Referat von Bischof Dr. Hans-Jürgen Abromeit zu Israel<sup>1</sup> Mit einem Nachtrag aufgrund von Rückfragen und Einwänden**

Es ist hierzulande in gewissen politischen und gesellschaftlichen Milieus leider zur Methode geworden, unliebsame Themen und Fragen, deren unvoreingenommene Erörterung tiefsitzende eigene Überzeugungen und Vorurteile politischer, moralischer und sonstiger Art in Frage stellen könnte, dadurch der öffentlichen Diskussion zu entziehen, dass man diejenigen, die sie anzusprechen und zur Diskussion zu stellen wagen, ins politische und moralische Abseits und an den Pranger stellt. Neu ist, dass diese Methode nun auch in einer renommierten theologischen Fakultät Einzug hält. Am 13. August veröffentlichten Mitglieder der Theologischen Fakultät der Universität Greifswald eine Stellungnahme,<sup>2</sup> mit der sie auf ein Referat des Bischofs der Nordkirche im Sprengel Mecklenburg und Pommern, Dr. Hans-Jürgen Abromeit, Bezug nehmen, das dieser auf der 124. Blankenburger Allianzkonferenz zum Thema „Zwei Völker – ein Land. Eine biblische Vision für Frieden zwischen Israel und Palästina“<sup>3</sup> gehalten hat. Die Stellungnahme ist nicht nur in der Sache konfrontativ und polemisch, sondern auch in einem Ton gehalten, den man bei einer theologischen Fakultät eigentlich nicht erwarten würde.

Welchen Vergehens hat sich Abromeit schuldig gemacht? Abromeit zeichnet in seinem Referat zunächst die historische Genese des heutigen Nahostkonflikts nach, benennt dann die ideologischen und religiösen Motive, die zu der heutigen Situation geführt haben und die teils nach wie vor wirksam sind (wie das Motiv der Landverheißung in der israelischen Siedlerbewegung), und lotet schließlich unter der Überschrift „Eine biblische Vision“ aus, welche biblischen Potentiale es gibt, die bei der Suche nach einer Friedenslösung im Nahen Osten leitend sein können und sollten. Ein besonderer Akzent liegt dabei auf dem Verhältnis

---

<sup>1</sup> Der Text ist im Netz zu finden unter <http://profjohannesfischer.de/wp-content/uploads/2019/08/Stellungnahme-der-Theologischen-Fakultät-Greifswald.pdf>

<sup>2</sup>

[file:///C:/Users/johan/AppData/Local/Microsoft/Windows/INetCache/Content.Outlook/DKYNX2M/Stellungnahme%20Abromeit-Fakultät\\_Greifswald%20\(005\).pdf](file:///C:/Users/johan/AppData/Local/Microsoft/Windows/INetCache/Content.Outlook/DKYNX2M/Stellungnahme%20Abromeit-Fakultät_Greifswald%20(005).pdf)

<sup>3</sup> <https://zeitzeichen.net/node/7752>

zwischen Deutschland und Israel, sowohl, was den Anteil betrifft, den Deutschland aufgrund der Shoah an der Entstehung der Konfliktsituation im Nahen Osten hat, also auch, was das heutige Verhältnis zwischen Deutschland und Israel betrifft.

In dem Referat von Abromeit findet sich die folgende Passage:

„Die Shoah macht auf schreckliche Weise deutlich, wozu Deutsche fähig waren und wozu Menschen überhaupt fähig sind. Es ist klar, dass es schwer fällt, auf dem Hintergrund einer solchen Schuldgeschichte nüchtern die Lage in Israel-Palästina zu analysieren. Als Deutschen erwächst uns aus der von Deutschland ausgehenden Judenvernichtung eine Verantwortung für das Schicksal der Überlebenden der Shoah und die weitere Existenz des jüdischen Volkes. Natürlich hatte die Shoah auch geschichtliche Auswirkungen in Nahost. Es sind vor allem drei Faktoren, die berücksichtigt werden müssen:

1. Nur durch den starken Anstieg der jüdischen Einwanderung nach Palästina im zweiten Viertel des 20. Jahrhunderts wird eine jüdische Staatsgründung in Palästina möglich.
2. Die Erfahrung der Judenvernichtung schafft weltweit eine Bereitschaft zur Anerkennung des am 14. Mai 1948 gegründeten Staates Israel.
3. Aus dem Schuldbewusstsein der Deutschen folgt eine Überidentifikation mit dem Staat Israel. Es wird bewusst nicht unterschieden zwischen dem biblischen Israel und dem heutigen Staat Israel. Repräsentanten der Bundesrepublik Deutschland gehen so weit, das Eintreten für die Sicherheit des Staates Israel als Staatsraison für Deutschland zu erklären. Da sich der Staat aber als Jüdischer Staat versteht, folgt daraus prinzipiell die Benachteiligung der Palästinenser und eine Zurücksetzung ihrer berechtigten Sicherheitsinteressen.“

Der letzte Abschnitt dieser Passage hat Schlagzeilen gemacht, besonders der erste Satz: „Aus dem Schuldbewusstsein der Deutschen folgt eine Überidentifikation mit dem Staat Israel.“ Die Bildzeitung titelte: „Skandal um Anti-Israel-Rede von Deutschem Bischof.“ Von verschiedenen Seiten wurde Abromeit unterstellt, er wolle das besondere Verhältnis Deutschlands zu Israel und zum Judentum in Frage stellen. Wer dergleichen behauptet, der hat offensichtlich das Referat nicht gelesen. Wie das obenstehende Zitat zeigt, betont Abromeit selbst, dass uns als Deutschen „aus der von Deutschland ausgehenden Judenvernichtung eine Verantwortung ... für die weitere Existenz des jüdischen Volkes erwächst“. Was Abromeit

bewegt, ist die Tatsache, dass bei und mit der Gründung des Staates Israel als Folge der von Deutschland zu verantwortenden Shoah großes Unrecht geschehen ist an der palästinensischen Bevölkerung, die auf dem Gebiet des heutigen Staates Israel lebte und die zum größten Teil von dort vertrieben wurde. Dieses Unrecht setzt sich bis heute fort in der Siedlungspolitik des israelischen Staates auf einem Gebiet, das ihm völkerrechtlich nicht gehört. Was Abromeit mit seinem Referat zu Bewusstsein bringen will, ist, dass wir als Deutsche auch vor diesem Unrecht nicht die Augen verschließen dürfen, denn es gehört zu den indirekten Folgen dessen, was von Deutschland ausgegangen ist. Vor diesem Hintergrund spricht er wohl bewusst von unserer Verantwortung gegenüber dem jüdischen Volk oder gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern im Staat Israel und vermeidet es, von unserer Verantwortung für die Sicherheit des Staates Israel zu sprechen. Denn wenn das, was der Staat Israel als in seinem Interesse liegend erachtet, auf Kosten der Freiheit und Sicherheit der palästinensischen Bevölkerung im besetzten Westjordanland geht, dann kann es keine vorbehaltlose Solidarisierung mit diesem Staat geben. Der letzte Abschnitt des obenstehenden Zitats mag unglücklich formuliert sein. Aber die Skandalisierung, die Abromeits Referat aufgrund dieses Abschnitts erfahren hat, ist aberwitzig, wenn man das Referat als Ganzes und in seinem Zusammenhang kennt.

Abromeits eigene Position kommt wohl am Besten in folgenden Sätzen zum Ausdruck: „Aus unserer Geschichte ist uns als Deutschen eine Verantwortung für die Freiheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Staat Israel aufgetragen, aber das darf nicht auf Kosten der Freiheit und der Sicherheit der Palästinenser und Palästinenserinnen gehen. Doppelte Standards vertiefen den Konflikt und sind im Blick auf eine Lösung kontraproduktiv. Wir sollten versuchen, beide Narrative, das der Israelis und das der Palästinenser zu verstehen.“ Und er zitiert dazu aus einer Stellungnahme der Delegiertenversammlung von *Pax Christi* aus dem Jahr 2010: „Kriterien zur Beurteilung einer Politik, die dem Ziel des gerechten Friedens dienen, sind das Völkerrecht und die Menschenrechte. Von hier aus eröffnen sich Wege, aus der Sackgasse der Gewalt herauszukommen. ... Wir sehen das berechtigte Interesse des Staates Israel an der Sicherheit und Freiheit seiner Bürger/innen, und wir sehen ebenso das Recht auf Sicherheit und Freiheit der Palästinenser/innen. Die internationale Staatengemeinschaft muss beide Seiten mit dem gleichen Maßstab beurteilen: Gleiches Recht auf Sicherheit, Selbstbestimmung, Freizügigkeit, gleiche Menschenwürde. Es darf keine doppelten Standards in der Bewertung der Situation in Israel/Palästina geben.“

Die Stellungnahme der Professoren der Universität Greifswald geht mit keinem einzigen Wort auf das zentrale Anliegen des Referats von Abromeit ein, wie es in diesen Sätzen zum Ausdruck kommt. Stattdessen wird der Leser gleich zum Auftakt auf Konfrontation gestimmt:

**„Nein, Herr Bischof!“**

Was soll das? So schreibt nicht, wer eine Klärung in der Sache sucht. So schreibt, wer sich vor einem Publikum inszenieren und die Aufmerksamkeit auf sich selbst ziehen will, nämlich wie er dem Bischof die Stirn bietet. So liest sich die gesamte Stellungnahme: wie eine Selbstinszenierung derer, die sie unterschrieben haben, mit der sie dem Publikum – der wissenschaftlichen und kirchlichen Öffentlichkeit – vorführen, wie sie den Bischof abkanzeln, der offensichtlich von nichts eine Ahnung hat.

So, wie die Bildzeitung den Satz „Aus dem Schuldbewusstsein der Deutschen folgt eine Überidentifikation mit dem Staat Israel“ aufgriff, um das Referat von Abromeit als „Anti-Israel-Rede“ zu skandalisieren, so greift auch die Stellungnahme der Greifswalder Professoren diese „mehr als problematische Formulierung“ auf, um Abromeit in die rechte Ecke zu stellen. Als Beleg dafür wird angeführt, dass IDEA(-Spektrum) diesen Satz zitiert hat und dass ebenso das dem rechten Spektrum zugehörige Organ „Junge Freiheit“ diesen Satz übernommen hat. Na und? Vor allem aber wird Abromeit aufgrund dieses Satzes unterstellt, dass er die historische Schuld Deutschlands relativieren wolle, ein Vorwurf, der völlig absurd ist, wenn man sein Referat im Zusammenhang liest. Das diesbezügliche „Argument“ lautet: „Eine `Überidentifikation´ aufgrund der historischen Schuld führt im Umkehrschluss unausweichlich zu einer Relativierung jener Schuld.“ Versteht das jemand? Kann man das überhaupt verstehen? Der Satz lässt Zweifel aufkommen am logischen Vermögen derer, die das unterschrieben haben. Einen Umkehrschluss kann es nur geben, wo es einen Schluss gibt. Der Satz „Aus dem Schuldbewusstsein der Deutschen folgt eine Überidentifikation mit dem Staat Israel“ ist aber kein Schluss, sondern eine Tatsachenfeststellung, mag sie wahr oder falsch sein. Im Übrigen spricht dieser Satz nicht von der „historischen Schuld“, sondern vom „Schuldbewusstsein der Deutschen“. Die Autoren der Stellungnahme zitieren also Abromeit bewusst falsch, um ihn im angeblichen „Umkehrschluss“ einer Relativierung der historischen Schuld bezichtigen zu können. Warum soll es nicht möglich sein, sich einerseits zu der unermesslichen historischen Schuld Deutschlands zu bekennen, was Abromeit in seinem Referat mehrfach tut, und andererseits festzustellen, dass es in Deutschland eine Überidentifikation mit dem Staat Israel

gibt, die sich zum Beispiel darin äußert, dass man das Unrecht, das von diesem Staat begangen wurde und wird, nicht sehen will und nach Möglichkeit zu tabuisieren sucht, weshalb man diejenigen, die es ansprechen, reflexartig in die rechte Ecke stellt? So gesehen ist die Rede von einer „Überidentifikation mit dem Staat Israel“ keine „mehr als problematische Formulierung“, sondern sie benennt präzise ein Problem, über das es eine öffentliche Debatte geben sollte. Deren Notwendigkeit beweist nicht zuletzt die Stellungnahme der Greifswalder Professoren.

Es lohnt nicht, sich eingehender mit der Greifswalder Stellungnahme auseinanderzusetzen. Sie zeugt von derselben Kleingeistigkeit, die man heute leider auch anderswo in Universitäten antreffen kann. So geht Abromeit im dritten, theologischen Teil seines Referats auf das Motiv der Landverheißung und Landnahme im Alten Testament ein. Das hat seinen sachlichen Sinn, dient doch, wie Abromeit verdeutlicht, dieses Motiv in der heutigen Siedlerbewegung als theologische Rechtfertigung für die Besetzung und Aneignung von Land, das völkerrechtlich nicht zu Israel gehört. Abromeit verweist dabei auch auf das Gebot in 5. Mose 7,2 u.ö., wonach Israel an den Völkern, die Gott ihm dahingibt, den Bann vollstrecken und keine Gnade gegen sie üben soll. Dazu heißt es in der Stellungnahme: „Abromeit bemüht hierzu allfällige, vermeintlich ‚göttliche Gewalt‘ propagierende Passagen aus dem Deuteronomium und den sogenannten deuteronomistischen Abschnitten des Alten Testaments (vgl. etwa Dtn 7). Man kann fragen, weshalb die auch im Neuen Testament vorhandenen, Gewalt und Gericht thematisierenden und nicht weniger ausgrenzenden Abschnitte, wie etwa in der Offenbarung des Johannes, unberücksichtigt bleiben.“ Die Antwort ist einfach: In neutestamentlichen Texten geht es nicht um Landnahme und deshalb auch nicht darum, wie mit den Völkern, die im Land wohnen, verfahren werden soll. Das ist der bekannte *political-correctness*-Reflex: Man darf nichts über Gewalt im Alten Testament schreiben, ohne sofort hinzuzufügen, dass es natürlich auch im Neuen Testament Gewalt und Gewaltphantasien gibt – ganz gleich, ob das etwas zur Sache tut oder nicht.

Peinlich wird es am Ende der Stellungnahme. Da wird Abromeit großzügig zugestanden, dass er ein „Freund Israels“ ist. In dem arrogant-belehrenden Ton, der die ganze Stellungnahme durchzieht, wird ihm dann ins Stammbuch geschrieben, was er als Freund Israels zu tun bzw. nicht zu tun hat: „Ein Freund Israels sollte mit seinem Vokabular (‘Überidentifikation’) weder die konkrete Schuld der Deutschen gegenüber den Juden relativieren und damit den ‚Feinden Israels‘ zuarbeiten, noch sollte er in seinen Reaktionen und Interviews diesen Umstand verwässern – dies zumal in Zeiten, da antisemitische Übergriffe in Deutschland nicht enden

wollen. Ein Freund Israels sollte nicht methodisch unreflektiert über Geschichte und biblische Zusammenhänge reden usw. usw. usw.“ Dann wird Abromeit auch noch belehrt, was er als Bischof zu tun hat: „Er hat als ordinierter Pfarrer 1. Theologisch sauber, 2. Vernünftig im Sinne kommunikativer Vernunft zu argumentieren. `Persönliche` oder Privatmeinungen gibt es als Kategorie nicht.“ Mir fällt dazu kein anderes Wort ein als: Arroganz.

Es bleibt am Ende die Frage, woher die Heftigkeit dieser Reaktion auf Abromeits Referat kommt. Offensichtlich ist, dass mit dieser Stellungnahme Abromeit als Person unmöglich gemacht werden soll. Hierzu wird die hanebüchene, aus dem angeblichen „Umkehrschluss“ abgeleitete Unterstellung aufgeboten, dass er die Schuld der Deutschen gegenüber den Juden relativieren möchte. Wie kann jemand, der Abromeits Referat gelesen hat, überhaupt auf diese Idee kommen? Es gibt eigentlich nur eine Erklärung, und das ist die Tatsache, dass Abromeit sich im historischen Teil seines Referats auf *beide* Narrative, das israelische und das palästinensische bezieht, und zwar sachlich und fair, und dass er dabei deutlich macht, dass es auch eine Schuldgeschichte des Staates Israel gibt, von seinen Anfängen bis zur Gegenwart. Damit rührt er an einen wunden Punkt. Darf man das als Deutscher sagen angesichts der historischen Schuld Deutschlands gegenüber den Juden? Wird damit diese historische Schuld nicht relativiert, da ja nun auch der Staat Israel seine Schuldgeschichte hat? In der Tat trifft man in rechten Kreisen in Deutschland auf eben diese Art der Relativierung. Doch in Abromeits Referat findet sich an keiner einzigen Stelle auch nur eine Spur davon. Ihm geht es allein darum, die historischen Tatsachen möglichst klar zu benennen, da nur dann, wenn sie bewusst gemacht und anerkannt werden, Aussicht auf eine nachhaltige Friedenslösung im Nahen Osten besteht. Demgegenüber ist es die billige Strategie der Greifswalder Stellungnahme, unter Verweis auf die historischen Relativierungen, die im rechten politischen Spektrum betrieben werden, eine sachliche und unvoreingenommene Auseinandersetzung, wie sie Abromeit mit seinem Referat anzuregen sucht, schon im Ansatz zu unterbinden. Man arbeite damit doch nur den „Feinden Israels“ zu.

Das alles bewegt sich ganz auf der Linie der heutigen israelischen Geschichtspolitik. Am 25. Juli 2019 berichtete die FAZ unter der Überschrift „Die Massaker sollen wieder Geheimsache werden“, dass das israelische Verteidigungsministerium bislang zugängliches Archivmaterial, in welchem Massaker und Vertreibungen bei der Staatsgründung Israels dokumentiert werden, seit mehreren Jahren als Verschlussache behandelt. Das Verteidigungsministerium hat danach „Aussagen von Offizieren über getötete Zivilisten, Vergewaltigungen und die Zerstörung

palästinensischer Dörfer als geheim eingestuft wie auch die Vertreibung von Beduinen in den ersten zehn Jahren des israelischen Staats. Der bis 2007 amtierende Malbab-Direktor Yehiel Horev ließ sich mit den Worten zitieren, es sei sinnvoll, die Dokumente über die Geschehnisse von 1948 vor der Öffentlichkeit zu verbergen, denn eine Offenlegung könne Unruhen im arabischen Teil der Bevölkerung auslösen. Auf die Frage, warum auch Dokumente, aus denen Forscher bereits öffentlich zitiert haben und über die Bücher geschrieben wurden, nachträglich als geheim eingestuft werden, die Geschichte also bereits erzählt sei, antwortete Horev: Ziel sei es, die Glaubwürdigkeit von Studien zu untergraben, die sich mit der Geschichte des palästinensischen Flüchtlingsproblem auseinandersetzen. `Sogar wenn jemand schreibt, das Pferd sei schwarz: Wenn sich das Pferd nicht außerhalb des Stalls befindet, kann nicht bewiesen werden, dass es schwarz ist.‘“

Unterzeichnet ist Greifswalder Stellungnahme von folgenden Professoren und Fakultätsmitgliedern:

Prof. Dr. Stefan Beyerle (Autor, Altes Testament)

Prof. Dr. Christfried Böttrich (Dekan, Neues Testament)

Dr. Andreas Ruwe (Prodekan, Altes Testament/Sprachlektorat)

Prof. Dr. Heinrich Assel (Studiendekan, Systematische Theologie)

Apl. Prof. Dr. Michael Altripp (Christliche Archäologie)

Prof. Dr. Thomas Kuhn (Kirchengeschichte)

Apl. Prof. Dr. Matthias Millard (Vertretung Juniorprofessur Jüdische Literatur und Kultur)

Prof. Dr. Roland Rosenstock (Praktische Theologie/Religions- und Medienpädagogik)

Prof. Dr. Daniel Stein Kokin (Juniorprofessur Jüdische Literatur und Kultur)

Apl. Prof. Dr. Henning Theißen (Systematische Theologie)

## Nachtrag

Aufgrund von Rückfragen und Einwänden, die zu obenstehendem Text eingegangen sind, möchte ich folgende Bemerkungen nachtragen.

1. Es ist gefragt worden, warum ich mich in meiner Kritik nur auf die Greifswalder Stellungnahme beziehe und nicht auch mit dem Text von Abromeit kritisch auseinandersetze. Das hat mit der Entstehung dieses Textes zu tun. Ich habe von dem Referat von Abromeit und der Stellungnahme aus Greifswald am 24. August 2019 über den Verteiler der Wissenschaftlichen Gesellschaft für Theologie erfahren. Dabei hat mich die Greifswalder Stellungnahme empört, und dies war der Grund für die Abfassung meines Textes. In diesem Ton und Stil geht man nicht miteinander um, nicht in der Wissenschaft und nicht in der Kirche. Die Stellungnahme setzt die Skandalisierungsstrategie fort, mit der Bild-Zeitung („Skandal um Anti-Israel-Rede von Deutschem Bischof“) und Springer-Presse auf Abromeits Referat reagiert haben: Man versucht, Abromeit als Person ins politische und moralische Abseits zu stellen, weil er es gewagt hat, mit der Formulierung „Überidentifikation mit dem Staat Israel“ einen wunden Punkt im Verhältnis zwischen Deutschland und Israel anzusprechen. Die Stellungnahme tut dies, indem sie Abromeit eine Relativierung der historischen Schuld Deutschlands zu unterstellen sucht. Das hat mich empört, und dies ist der Grund dafür, warum der Gegenstand meines Textes die Greifswalder Stellungnahme ist und nicht das Referat von Abromeit. Auf dieses gehe ich nur insoweit ein, wie es notwendig ist, um die Haltlosigkeit dessen, was man Abromeit unterstellt, und um die Unangemessenheit dieses Stils und Tons zu verdeutlichen. Ich kenne Herrn Abromeit nicht, und ich habe keinen persönlichen Grund, mich auf seine Seite zu stellen oder ihn zu verteidigen. Es geht mir in meinem Text allein um diese Art des Umgangs, noch dazu in einer Frage, die zu ernst und zu gewichtig ist, als dass man sie in die Niederungen derartiger Unterstellungen und Anwürfe ziehen darf.
2. Man hat mir vorgehalten, dass mein Text im selben Ton und Stil gehalten ist, etwa wenn ich den Unterzeichnern Selbstinszenierung unterstellen würde. Wie jeder sich anhand der Greifswalder Stellungnahme selbst überzeugen kann, handelt es sich hierbei um keine Unterstellung, sondern um die Feststellung einer Tatsache, nämlich um die präzise Benennung des performativen Sinns der Formulierung „Nein, Herr Bischof!“, mit der



die Greifswalder Stellungnahme beginnt. Wer ein Schreiben, das mit dieser Formulierung beginnt, veröffentlicht, der setzt sich mit dieser Formulierung vor der anvisierten Öffentlichkeit in Szene, und er qualifiziert damit den gesamten folgenden Text als Teil dieser Inszenierung ist. So liest sich das dann auch. Und es ist auch völlig klar, was die Unterzeichner der Stellungnahme damit bezwecken. Die Skandalisierung des Referats von Abromeit durch die Springer-Presse und das Echo, das daraufhin aus Politik und Kirche zurückgehallt ist, haben Fronten aufgerissen, durch die Druck aufgebaut worden ist, Farbe zu bekennen, auf welcher Seite man steht. Mit der Formulierung „Nein, Herr Bischof!“ reihen sich die Unterzeichner der Stellungnahme in diese Fronten öffentlich ein: Seht her, wir stehen auf der richtigen Seite! Warum haben sie nicht einfach einen offenen Brief an Abromeit geschrieben, der mit der höflichen Anrede „Sehr geehrter Herr Bischof“ beginnt und sich um eine sachliche Auseinandersetzung mit seinen Thesen bemüht?

3. Man hat mir vorgehalten, dass ich auf den dritten, theologischen Teil von Abromeits Referat überhaupt nicht eingehe, auf den vor allem sich die Kritik der Greifswalder Stellungnahme beziehe. Der schon genannte Grund dafür ist, dass das Thema meines Textes nicht Abromeits Referat ist, sondern vielmehr dessen Skandalisierung durch die Greifswalder Stellungnahme. Ich will an dieser Stelle aber Folgendes hinzufügen. Wie jeder sich überzeugen kann, geht es Abromeit in seinem Referat um die Realitäten des Nahostkonflikts, von denen das Schicksal der Menschen in Israel und Palästina bestimmt ist. Damit befassen sich ausführlich der erste und der zweite Teil seines Referats. Das ist der Kontext, in dem der dritte Teil zur biblischen Vision für den Frieden zwischen Israel und Palästina steht, und dessen Intention ist es, auszuloten, welche Perspektiven sich aus biblischen Traditionen im Blick auf diese Realitäten und eine mögliche Friedenslösung gewinnen lassen. Wie man sich anhand der Stellungnahme aus Greifswald überzeugen kann, hat man dort den dritten Teil ganz offensichtlich nicht in diesem Kontext und von dieser Intention her gelesen. Jedenfalls geht die Stellungnahme auf das zentrale Anliegen des Referates von Abromeit mit keinem einzigen Wort ein. Vielmehr wird der dritte Teil isoliert betrachtet, und da schiebt sich dann anstelle des Nahostkonflikts eine ganz andere Frage in den Vordergrund, nämlich die des Verhältnisses von Judentum und Christentum: ob Abromeit dieses Verhältnis korrekt dargestellt hat und, in diesem Zusammenhang, ob er die alttestamentliche Prophetie richtig interpretiert hat oder nicht vielmehr im

problematischen Fahrwasser von Julius Wellhausen segelt. Wie mir erst aufgrund einer Replik aus Greifswald auf meinen Text klargeworden ist, ist dort der dritte Teil von Abromeits Referat offenbar (zumindest von einzelnen) so gelesen worden, als würde Abromeit darin einen Religionsvergleich zwischen Judentum und Christentum bezwecken, bei dem das Christentum als die bessere Religion dargestellt wird. Abromeit zeichnet im Alten Testament zwei Linien nach, die deuteronomistische Linie der Landverheißung und Landnahme, verbunden mit dem Gebot in Dtn 7,2 u.ö., den Bann an den unterworfenen Völkern zu vollziehen, und die prophetische Linie des gemeinsamen Wohnens im Land. Auf diesem Hintergrund sieht Abromeit „auch im heutigen Judentum verschiedene Ausrichtungen widerstreiten“. In besagter Replik wird ihm das so ausgelegt, dass er aufgrund dieses inneren Widerstreits dem Judentum die Friedensfähigkeit absprechen wolle, und da scheint dann das Christentum um so heller zu leuchten. Jeder kann sich anhand von Abromeits Referat selbst ein Urteil bilden, ob diese Interpretation zutreffend ist. Ich finde in Abromeits Referat dafür einfach keinen Anhaltspunkt. Dass Abromeit die beiden Traditionsstränge benennt, geschieht, so wie ich den Text bislang nur verstehen kann, nicht zu dem Zweck, das Christentum als die bessere Religion darzustellen, sondern vielmehr zu dem Zweck, auszuloten, was in den religiösen Traditionen für eine heutige Friedenslösung im Nahen Osten hilfreich ist und was ihr möglicherweise entgegensteht. Wie Abromeit im zweiten Teil seines Referates ausgeführt hat, ist in der heutigen Siedlerbewegung die alttestamentliche Tradition der Landverheißung und Landnahme ein höchst wirksames religiöses Motiv. Darf man das etwa nicht sagen? Hierauf bezieht sich die Aussage, dass „auch im heutigen Judentum verschiedene Ausrichtungen einander widerstreiten“, mit der Abromeit ja zugleich darauf hinweist, dass es im heutigen Judentum auch ganz andere Ausrichtungen gibt. (Davon habe ich mich in Israel selbst überzeugen können, unter anderem in einem Kibbuz in der Negev-Wüste, das sich dem Ziel der Verständigung zwischen jungen Menschen aus Israel und dem Westjordanland verschrieben hat, die dort zusammen wohnen und ein Studium über ökologisches Wirtschaften unter Wüstenbedingungen absolvieren und dabei auch über die beiden Narrative, das israelische und das palästinensische, ins Gespräch kommen, was ausdrücklich zum Ziel dieses Projekts gehört. Zur Wahrheit gehört ja, dass auch das palästinensische Narrativ seine blinden Flecken hat, vor allem, dass der Holocaust darin völlig fehlt.<sup>4</sup>)

---

<sup>4</sup> Vgl. zu den beiden Narrativen: Das historische Narrativ des anderen kennen – Israelis und Palästinenser [https://www.berghof-foundation.org/fileadmin/redaktion/Publications/Other\\_Resources/PrimeTextbuch.pdf](https://www.berghof-foundation.org/fileadmin/redaktion/Publications/Other_Resources/PrimeTextbuch.pdf)

4. In Abromeits Referat findet sich der Satz: „Da sich der Staat Israel aber als Jüdischer Staat versteht, folgt daraus prinzipiell die Benachteiligung der Palästinenser und eine Zurücksetzung ihrer berechtigten Sicherheitsinteressen.“ Auch dieser Satz ist so ausgelegt worden, als wolle Abromeit damit der jüdischen Religion die Friedensfähigkeit absprechen. Sieht man jedoch genau zu, dann findet sich der Satz im zweiten Teil des Referats von Abromeit, in dem von Religion noch gar nicht die Rede ist. Der Ausdruck „Jüdischer Staat“ bezieht sich dort dem ganzen Kontext nach eindeutig auf den Staat Israel als politische Institution bezieht. Es ist auch klar, was mit diesem Satz gemeint ist: Am 19. Juli 2018 verabschiedete die Knesset das sogenannte Nationalstaatsgesetz, das den jüdischen Charakter des Staates Israel festschreibt. Darin steht unter anderem, dass der Staat Israel im jüdischen Siedlungsbau einen nationalen Wert sieht. Er ermutigt und unterstützt den Bau und die Konsolidierung jüdischer Siedlungen. Nach Lage der Dinge kann damit nur der Siedlungsbau im Westjordanland gemeint sein. Die Feststellung ist also völlig berechtigt, dass mit dieser in die Verfassung aufgenommenen Selbstdefinition Israels als jüdischer Staat prinzipiell eine Benachteiligung der Palästinenser und eine Zurücksetzung ihrer berechtigten Sicherheitsinteressen gegeben ist.